

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1888

28.4.1888 (No. 117)

Karlsruher Zeitung.

Samstag, 28. April.

№ 117.

Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.
Borauszahlung: vierteljährlich 3 M. 50 Pf.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M. 65 Pf.
Einkaufsgebühr: die gespaltenen Petitzeile oder deren Raum 18 Pfennige. Briefe und Gelder frei.

1888.

Nichtamtlicher Theil.

Karlsruhe, den 27. April.

Die Nachrichten aus Charlottenburg lauten fortwährend den Verhältnissen entsprechend günstig. Das seit dem 15. d. M. auftretende hohe Fieber zeigt nicht mehr die heftigen Erscheinungen, wie in der vergangenen Woche, die örtlichen Krankheitsercheinungen haben nachgelassen, Appetit und Körperkräfte, die naturgemäß unter dem anhaltenden Fieber gelitten, beginnen sich zu heben. Bulletin werden täglich nur einmal, und zwar Vormittags um 9 Uhr ausgegeben, während die ärztlichen Konsultationen Morgens und Abends fortgesetzt werden. Das heutige Bulletin konstatiert, daß Seine Majestät der Kaiser sich nach gutem Schlafe recht gestärkt fühlte und das Fieber in den Morgenstunden verschwunden war. Abends steigt das Fieber noch mäßig an; das Allgemeinbefinden macht langsame Fortschritte. Von der Anwendung des Antifebrins, das sich zur Bekämpfung des Fiebers sehr bewährt hat, wird wieder Abstand genommen und es soll erst wieder gereicht werden, sobald das Fieber Abends über 39 Grad steigen sollte.

Der Präsident der französischen Republik feht seine Rundreise im Südwesten Frankreichs fort und hat in Agen übernachtet. Wie in seiner Vaterstadt Limoges, so fand Herr Carnot auch in Thiers und Périgueux einen sehr freundlichen Empfang, während die Hofsreise auf Boulangers vereinzelt blieb. Dagegen wird heute aus Nancy von einer größeren boulangistischen Kundgebung berichtet; die dortigen Anhänger Boulangers zogen unter dem Gefolge der bekannten Boulangistenlieder durch die Straßen, brachten dem Präseten eine Kagenmusik und warfen im Studenten Kasino die Fenster ein; einer von den Polkisten, die sich dem Unfug widersetzten, erhielt eine leichte Wunde, bis die Gendarmerie die Menge zerstreute. Bewiesen wird mit solchen Ruhestörungen weiter nichts, als daß es überall in der Gese der Bevölkerung skandalischtige Elemente gibt, die unter der Flagge des Boulangismus ihre Gellüste nach Lärm und Gewaltthaten zu befriedigen hoffen. Wenn Boulangers mit solchen Leuten das Land „retten“ will, so kann man sich in Frankreich freuen. Das Eintreten des Grafen von Paris für die beiden Hauptpunkte des boulangistischen Programms: Kammerauflösung und Verfassungsrevision, scheint zunächst die Wirkung zu haben, daß die Antiboulangisten sich mehr als bisher konzentriren und das Kabinett Floquet unterstützen. Die Opportunisten, die in den ersten Tagen des Kabinetts Floquets nicht abgeneigt waren, sich mit der Rechten zum Sturze des Ministeriums zu verbinden, sind von dieser Absicht zurückgekommen; in der Klemme zwischen Boulangismus und Orleansismus erscheint es ihnen doch ersprießlicher, mit den Radikalen zusammenzuwirken, als die Geschäfte der Säbelherrschafft oder der Monarchie zu besorgen. Sie haben eine Art Waffenstillstand mit Herrn Floquet geschlossen, dessen Stellung somit eine festere geworden als er selbst bei dem Antritt der Ministerpräsidentenschaft hoffen konnte. Von dem Sturze der Regierung ist für's Erste bei den gemäßigten Republikanern nicht mehr die Rede, man ist sogar geneigt, dem Ministerium jetzt die verlangten Parlamentsferien zu bewilligen. Wenn Floquet nur seine eigenen radikalen Gesinnungsgegnossen zu leiten weiß und es verhindert, daß dieselben ihn im Verein mit den Monarchisten zur Verfassungsrevision drängen, so dürfte die Position der Regierung vorläufig gesichert sein.

Zu der letzten Sitzung des englischen Unterhauses ist über den neuen Weinzoll abgestimmt worden. Gladstone bekämpfte den Vorschlag, der von dem Schatzkanzler Göschen vertheidigt wurde. Zwei der Hauptargumente der Opposition gegen den neuen Zoll bestehen in der Behauptung, daß man mit dem Zoll die französische Regierung in einem Augenblicke brusquiere, in welchem man von ihr die Zustimmung zur Abschaffung der Zuckerprämie verlange, und in der weiteren Behauptung, die Steuer belaste die Mittelklassen. Göschen trat beiden Gründen entgegen. Er versicherte, die angeblichen Nachteile des neuen Zolls für den französischen Handel seien übertrieben und die billigen Weine litten nicht unter dem neuen Zoll, sie kämen den theueren Weinen gegenüber vielmehr auf günstigeren Fuß. In der Abstimmung wurde der Zoll mit 246 gegen 221 Stimmen angenommen.

Die Herrschafft der Radikalen in Serbien hat nicht lange gedauert; nach kaum viermonatlichem Bestande ist das Ministerium Grutisch zum Rücktritt genöthigt und durch ein neues Kabinett mit Mitolans Christitsch an der Spitze abgelöst worden. Die Demission des Ministeriums

Grutisch kommt nicht unerwartet, sie war nach den letzten Vorgängen in der Stupschina unvermeidlich geworden, nachdem sie bereits seit Wochen vorausgesehen worden ist. Das Kabinett hat sich in Folge der Ungefügigkeit der Stupschina außer Stande gesehen, die Verpflichtungen einzulösen, unter denen es die Leitung der Geschäfte antrat. Bekanntlich war das Ministerium Grutisch — am 30. Dezember v. J. — auf Grund eines Programms aus Aude gelangt, das zwischen dem König Milan und den Führern der radikalen Partei vereinbart worden ist. Dieses Programm stellte sich als das Ergebnis gegenseitiger Zugeständnisse dar, die, soweit es die vom Könige gestellten Bedingungen betrifft, nicht nur von dem Ministerium, sondern auch von der Majorität der Stupschina zu erfüllen waren, wie dies der König in seiner Ansprache an die Abgeordneten vom 2. April ausdrücklich forderte. Die Schwierigkeiten des Herrn Grutisch und seiner Kollegen lagen namentlich darin, die Stupschina zur Einhaltung der Verpflichtungen, auf denen die Stellung der Regierung basirte, zu bewegen. An der Unüberwindlichkeit dieser Schwierigkeiten scheiterte das Kabinett. Die Stupschina hat an den Gesetzesvorlagen über die Gemeindeordnung und die Heeresorganisation Aenderungen vorgenommen, die diese Gesetze für den König unannehmbar machen, weil in dem Gemeindegesetz in seiner jetzigen Fassung die Rechte des Staates und der Krone nicht in dem erforderlichen Maße gewahrt sind und weil die Stupschinabeschlüsse bezüglich der Heeresorganisation den Interessen der Wehrkraft Serbiens nicht in dem Maße Rechnung tragen, um dieselbe auf die Höhe der modernen Kriegsmacht zu stellen und Serbiens Schlagfertigkeit nach jeder Richtung hin sicher zu stellen. Nachdem das Ministerium Grutisch hat einsehen müssen, daß es die Voraussetzungen, unter denen es an die Spitze der Geschäfte berufen wurde, nicht zu erfüllen vermag, blieb ihm nur die Demission übrig, die vom Könige angenommen worden ist.

Deutschland.

* Berlin, 26. April. Ihre Majestät die Königin von England besuchte heute Vormittag 9^{1/2} Uhr das Mausoleum zu Charlottenburg im Schloßgarten, um am Sarge weiland Seiner Majestät Kaiser Wilhelm einen prachtvollen Kranz niederzulegen. Später empfing dieselbe im Schlosse mehrere Besuche. Nachmittags um 1^{1/2} Uhr begab sich Ihre Majestät in Begleitung Allerhöchster ihrer erlauchter Tochter der Kaiserin nach dem Exercierplatz zu Charlottenburg, um das Regiment der Gardes du Corps und das 4. Garderegiment zu Fuß zu sehen. Außer andern Mitgliedern der königlichen Familie wohnten dieser Besichtigung auch die Prinzessinnen Victoria und Margarethe, und zwar zu Pferde bei. Nach Beendigung der Besichtigung kam die Königin von England von Charlottenburg nach Berlin, um sich von Ihrer Majestät der Kaiserin Augusta und Ihren königlichen Hoheiten dem Großherzog und der Großherzogin von Baden zu verabschieden. Von hier kehrte Allerhöchstdieselbe nach Charlottenburg wieder zurück, woselbst um 6^{1/2} Uhr engere Familientafel stattfand. Nach Aufhebung der Tafel erfolgte um 7^{1/2} Uhr vom Bahnhof Charlottenburg aus mit Extrazug die Abreise von hier über Stendal-Hannover-Weißel-Bortel nach Bissingen, woselbst die Ankunft morgen früh 8 Uhr stattfindet. Die Kaiserin Victoria, der Kronprinz nebst Gemahlin sowie die übrigen Mitglieder des königlichen Hauses begleiteten die Königin, die Prinzess Beatrix und den Prinzen Vattenberg bis zum Bahnhof, wo ein herzlicher Abschied stattfand. Der Kronprinz geleitete die Königin in den Salonwagen. Die versammelte Menge begrüßte die Königin mit sympathischen Zurufen. In Bissingen geht Ihre Majestät die Königin von England mit dem Prinzen und der Prinzessin von Vattenberg sofort an Bord der königlich englischen Yacht „Victoria and Albert“ zur Ueberfahrt nach Port Victoria, wo die Ankunft Nachmittags um 5 Uhr erfolgen dürfte. Auf der South-Western-Bahn findet dann sofort die Weiterreise nach Windsor-Castle und die Ankunft daselbst Abends 8 Uhr statt.

Der „Post“ werden über das Befinden Seiner Majestät des Kaisers folgende erfreuliche Einzelheiten mitgetheilt:

Die relative Besserung im Befinden Seiner Majestät dauert an, wie auch bei der gestrigen Abend- und heutigen Morgenkonsultation konstatiert werden konnte. An der Konsultation nahm gestern Abend auch Professor Senator theil. Das Befinden Seiner Majestät während des gestrigen Tages konnte als den Umständen nach sehr wohl und durchaus zufriedenstellend bezeichnet werden. Dem entspricht auch die Stimmung des hohen Patienten, die sich ja immer sofort auch bei der Wendung zum Besseren hebt. Der Kaiser war heiter, ja es fehlte nicht an Augenblicken, wo er sogar zum Scherzen aufgeleget war. Die Fiebererscheinungen, die vor einigen Tagen so lebhaft Beforg-

nig hervorriefen, haben sich gegen vorgehern bedeutend vermindert. Die Temperatur ist stark heruntergegangen und schwankte zwischen 37,6 bis 37,7. Der Appetit hat an Lebhaftigkeit noch zugenommen. Der Kaiser genoß gestern nicht nur die gewöhnlichen Speisen in gewohnter Menge, sondern auch ein Cotelette und ein Glas Bier. Der Geschmack, welcher lange Zeit kaum noch oder gar nicht vorhanden war, beginnt sich jetzt wieder einzustellen. Trotz dieses Fortschreitens der Besserung hat der Kaiser den Tag über, dem Wunsche der Aerzte entsprechend, das Bett nicht verlassen. An der heutigen Morgenkonsultation nahm Professor Senator nicht theil, dagegen Professor v. Bergmann. Ersterer wird, da das Befinden des hohen Patienten zufriedenstellend ist, erst morgen wieder zur Konsultation erscheinen. Der Kaiser hat eine gute Nacht gehabt, wird aber gleichwohl auch heute das Bett hüten. Das Fieber ist fast ganz verschwunden, der Auswurf nur noch gering, der Hustenreiz fortwährend im Abnehmen begriffen, und man kann sagen, daß der Zustand vor dem letzten Anfälle nahezu wieder erreicht ist.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die Ernennung des Staatssekretärs Grafen Herbert Bismarck zum Staatsminister und Mitglied des Staatsministeriums. Er erhält ferner eine königliche Rabinetsordre, durch welche den Oberpräsidialräthen der Rang der Räte dritter Klasse verliehen wird.

Die Gnadenbeweise, über welche das Staatsministerium in den letzten Tagen mehrfach beraten hat, dürften noch im Laufe dieser Woche zur Publikation gelangen. Dieselben sollen, wie die „B. P. N.“ erfahren, ebenso mannigfaltig wie zahlreich sein, und was ihren Umfang betrifft, so dürfte derselbe denjenigen gleichkommen, wie es bei solchen Bezeugungen gelegentlich von Krönungen und dergleichen hervorragenden Ereignissen üblich ist.

Der Bundesrath hält heute seine gewöhnliche Wochensitzung ab. Zur Berathung stehen an neuen Vorlagen: die Bildung von drei Berufsge nossenschaften der Unternehmer land- und forstwirtschaftlicher Betriebe in Elsaß-Lothringen; der Nachweis der Befähigung als Seeschiffer mit Hochseefischerfahrzeu gen; die Ausprägung von Reichs-Gold- und Silbermünzen im Jahre 1887; der Nachtrag zur internationalen Nordseefischerkonvention vom 6. Mai 1882; der zollfreie Einlaß von umspinnemem Kupferdraht für Beleuchtungswecke zur Anstrüfung von Seeschiffen; die Intraffsetzung des Gesetzes über die Unfall- und Krankenversicherung der in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschäftigten Personen für das Gebiet des Großherzogthums Mecklenburg-Schwerin.

Der Reichskanzler verbietet auf Grund des Sozialistengesetzes die fernere Verbreitung der Londoner „Freien Presse“.

Die „Berl. Pol. Nachr.“ melden, daß der Gesetzentwurf für die Alters- und Invalidenversicherung voraussichtlich erst nach der ersten Lesung im Bundesrath veröffentlicht werden dürfte, weil eine Publikation im gegenwärtigen Momente verfrüht wäre, da die Bundesregierungen sich über den Entwurf selbst noch nicht schlüssig gemacht haben. Der Abschluß der ersten Lesung wird schwerlich früher als bis zum Beginn der Sommerpause zu erwarten sein. Somit würde die für die Kritik der Beteiligten und Sachverständigen nöthige geraume Zeit bis zur zweiten Lesung im Bundesrath gewonnen sein.

Zur Nachricht verschiedener Blätter, daß vor dem Grafen Herbert Bismarck noch Niemand in so jungem Alter in das Staatsministerium berufen worden sei, führen die „Berl. Pol. Nachr.“ aus, daß schon ein Vorfahre der Bismarckschen Familie, Wilhelm August v. Bismarck, der 1782 Geheim Staats- und Kriegsminister wurde, schon im 32. Lebensjahre zu dieser Stellung gelangt. 34 Jahre alt, wurde Graf Finckenstein im Jahre 1749 Minister. v. Zedlitz, der bekannte Reformator der preussischen Schulen, wurde 39 Jahre alt Justizminister. Der bekannte Minister Friedrichs des Großen, Herzberg, gelangte 38 Jahre alt zu dieser Würde.

Die Vorarbeiten über die Kanalisierung der obern Oder von Breslau bis Kofel, die Regulirung der untern Oder abwärts Schwedt und die Herstellung einer Wasserstraße nach Berlin sind nunmehr abgeschlossen. Die Einholung der Allerhöchsten Genehmigung zur Einbringung der Vorlage im Landtag steht dem Vernehmen nach bevor.

Der Verein „Süddeutscher Baumwollindustrieller“ bewilligte einstimmig einen Beitrag von 5000 Mark für die Ueberschwemmten im Norden und Nordosten Deutschlands, der auch bereits an das Centralcomité nach Berlin abgegeben ist.

Wie aus Capstadt gemeldet wird, ist der dortige deutsche Generalkonsul Dr. Vieber gestorben.

Dresden, 26. April. Der Sächsische Landeskulturath beschloß, zu beantragen, die königlich sächsische Regierung möge bei etwaiger Aenderung der Gewerbeordnung dahin wirken, daß der Landesregierung die Ermäch-

tigung erteilt werde, den Schweinehandel im Umherziehen zeitweise oder dauernd zu verbieten, ferner die landwirtschaftlichen Vereine zur Aussprache darüber zu veranlassen, inwieweit ein Bedürfnis für Beibehaltung des Schweinehandels im Umherziehen vorliege, bezw. ob ein allgemeines Verbot anzustreben sei.

München, 26. April. Seine königliche Hoheit der Prinz-Regent hat beschlossen, seine für die Zeit vom 3. bis 11. Mai anberaumte Rundreise in der Pfalz bis auf weiteres zu verschieben.

Oesterreich-Ungarn.

Wien, 26. April. Die „Politische Korrespondenz“ erzählt als authentisch, daß die im Ausland zirkulierenden Meldungen betreffs beabsichtigter Dirigierung von österreichisch-ungarischen Truppen an die rumänische Grenze wegen der rumänischen Agrarbewegung ganz unbegründet sind. Zu einer solchen Truppenbewegung ist um so weniger Anlaß, als die Bannernunruhen von der rumänischen Regierung ohne größere Schwierigkeiten unterdrückt worden sind. Neuere Meldungen aus Bukarest bestätigen das Ende der aufrührerischen Bewegung.)

Italien.

Rom, 26. April. Die Truppentransporte aus Nordafrika, deren erster kürzlich, wie mitgeteilt, in Neapel eintraf, werden sich nun in ziemlich rascher Aufeinanderfolge vollziehen. — Nach neuen Meldungen aus Massauah hat Ras Alula den Bewohnern des Hamacene-Gebietes die Weisung erteilt, ihre gewohnten Arbeiten wieder aufzunehmen, da er auf den Abschluß eines endgültigen Friedens mit den Italienern hoffe.

— In dem italienischen Okkupationsgebiete am Roten Meere hat, wie bereits gemeldet, am 19. d. M. vor den Forts von Saati eine Feier stattgefunden. Ein Extrazug brachte den General Di San Marzano mit dem Generalstabe, vielen höheren Offizieren und den eingeladenen Beamten, Notabeln, Journalisten u. s. w. von Massauah nach Saati, wo die Einweihung der permanenten Forts in feierlicher Weise stattfand. Der Oberkommandierende der italienischen Truppen hielt folgende Ansprache: „Meine Herren Offiziere! Ich habe Sie heute hier versammelt, um der Einweihung der permanenten Verschanzungen beizuwohnen. Diese Handlung bekräftigt in feierlicher Form das Besitztum Italiens auf das besetzte Gebiet, wo der gute Wille, die Behendigkeit und der Eifer sämtlicher Offiziere und Soldaten eine Stellung geschaffen haben, unheimlich für jenen Feind, welcher uns bedrohte und erklärte, er werde uns hindern, diese Posten einzunehmen, oder uns wieder verjagen, wenn wir sie einnahmen. Er ist mit bedeutender Truppenmacht herangezogen, hat mehrere Tage uns gegenüber gestanden, aber nicht gewagt, uns anzugreifen, und ist endlich wieder abgezogen, indem er Ihnen die Gelegenheit entzog, Ihren Mut zu beweisen. Doch haben Sie, Offiziere und Soldaten, Zeugnis von sämtlichen anderen militärischen Tugenden abgelegt, indem Sie Arbeit, Anstrengungen und Mühen in muherhafter Weise ausgehalten haben. Als Kommandant danke ich Ihnen deshalb für Ihre muherhafte Haltung und hege das Vertrauen, daß alle Offiziere und Soldaten, sobald sich die Gelegenheit darbietet, hier oder anderwärts sich auf's Beste bewähren werden.“

Niederlande.

Haag, 20. April. Das neue Kabinet findet in der liberalen Presse eine im Allgemeinen nicht ungünstige Beurteilung. Man erkennt an, daß sich unter seinen Mitgliedern tüchtige Kräfte befinden. Namentlich dem Finanzminister Gobin de Beaufort und dem Kolonialminister Reuchenius, zwei Antirevolutionären, werden hervorragende Fähigkeiten nachgerühmt. (Diese Pressäußerungen deuten daraufhin, daß die liberale Partei dem neuen Kabinet gegenüber zunächst eine abwartende Haltung einzunehmen gedenkt.)

Belgien.

Brüssel, 26. April. Die Deputiertenkammer hat gestern die vom Senat zurückgekommene Gesetzesvorlage über die Beförderung der Offiziere und über die Einrichtung der Militärschule mit 62 gegen 31 Stimmen angenommen. Für die vom Senat dem Art. 5 gegebene Fassung stimmten 55 Abgeordnete der Rechten, dagegen 39. Darnach werden vom 1. Januar 1892 „in den Prüfungen vor der Ernennung zum Unterleutnant der praktischen und elementaren Kenntnis der vlämischen Sprache eine der Kenntnis des Französischen entsprechende Zahl von Punkten bewilligt werden“. Der Kriegsminister General Pontus hatte erklärend bemerkt, daß der Militärschulplan mit dem Plan der Mittelschulen habe in Uebereinstimmung gebracht werden müssen; den Kammermännern wurde heute die Regierung wegen der Vorfälle zur Rede gestellt. In der Abgeordnetenkammer interpellirte der Vertreter Brüssels, Simons, den Minister des Innern über die Unordnungen. Der Abgeordnete verlangte eine Untersuchung der Sache. Der Minister des Innern gab seinem Bedauern über den Vorfall Ausdruck und theilte mit, daß die Untersuchung bereits eingeleitet sei. Puls, der Bürgermeister von Brüssel, hielt die von Simons angeführten Thatsachen für übertrieben, erklärte sich jedoch mit der Einleitung der Untersuchung einverstanden, welche zeigen werde, wen die Schuld der Vorgänge treffe. — Im Senat wurde eine gleiche Interpellation eingebracht.

Frankreich.

Paris, 26. April. Der Senat setzte heute die Beratung über das Rekrutierungs-gesetz fort und nahm den Art. 1 desselben, der das Prinzip der allgemeinen

Dienstpflicht enthält, mit 170 gegen 86 Stimmen an. Artikel 2, der den Militärdienst auf 25 Jahre mit gleichem Dienst für Alle festsetzt, und die beiden folgenden Artikel wurden gleichfalls angenommen. — Von der Deputiertenkammer wurde die Wahl des früheren Ministers Florens im Departement der Hochalpen für gültig erklärt. Die Gültigkeitserklärung erfolgte (mit 316 gegen 138 Stimmen) gegen den Antrag der Wahlprüfungskommission, welche die Wahl beanstandet hatte. — Ueber die Wiederanknüpfung der offiziellen Verhandlungen über den französisch-italienischen Handelsvertrag kann man noch immer nicht in's Reine kommen. Der Minister des Aeußern, Goblet, hat dem italienischen Vorkämpfer Menabrea die französische Antwort auf die italienischen Vorschläge mitgeteilt, die dahin lautet, daß in den Vorschlägen eine gewisse Anzahl von Artikeln den französischen Interessen entgegen behandelt sei. — Der Appellhof bestätigte das Urteil, wonach Frau Limousin wegen Ordenshandels zu sechsmonatlichem Gefängnis, General Caffarel zu 1.000 Fres. Geldbuße verurtheilt wurde.

Spanien.

Madrid, 26. April. Es heißt, daß während der Ausstellung in Barcelona auch ein deutsches Kriegsschiff dort vor Anker gehen werde, um die Königin-Regentin zu begrüßen. (Nach einer Meldung aus Kiel ist das Panzerschiff „Raifer“ hierzu ausersehen.)

— In Bezug auf die demnächst zusammentretende marokkanische Konferenz wird mehreren ausländischen Blättern aus Tanger gemeldet, daß der Sultan Sidi Muley Hassan selbst von seinem Wunsche, die genannte Konferenz möge auch die Integrität Marokkos proklamieren, abgetrennt sei, da ihm sowohl England, wie auch Italien nahe gelegt haben, daß es bei einem Staate, dessen Grenzvölker ihm kaum halbwegs unterworfen sind und die noch dazu fortwährend räuberische Einfälle in die benachbarten Staaten machen, nicht angehe, die Integrität seines Gebietes zu erklären. Der Sultan möge daher vor Allem diese Grenzvölker gehörig unterwerfen durch Anlegung von Festungen und Forts in ihrer Mitte, sie fest im Zaume halten und so den Nachbarstaaten keinen Anlaß zu Klagen geben.

Großbritannien.

London, 27. April. (Tel.) Im Unterhause erklärte Sir James Ferguson, auf Vorstellungen der französischen Regierung habe man geantwortet, der neue Weinzoll sei eine notwendige Finanzmaßregel und nicht in einem Frankreich unfreundlichen Sinne vorgeschlagen. Das Unterhaus nahm darauf Artikel 3 der Budgetbill mit 246 gegen 221 Stimmen an. Zu der Abstimmung über Gladstone's Amendement zur Budgetbill, welches erklärt, daß die aus Todesfällen erwachsenden Steuern so festgesetzt werden sollten, um die Lasten auf Real, bezw. Personalvermögen gleichzustellen, ist noch zu berichten, daß alle im Hause anwesenden liberalen Unionisten, etwa 45 an Zahl, die Regierung unterstützten. Zu der vorgeschlagenen Minderheit von 217 Stimmen gehörten auch die von 60 Irländern. Gladstone erreichte also mit seinem Appell an die liberalen Unionisten gerade das Gegenteil von dem, was er beabsichtigte. Anfangs wollten verschiedene liberale Unionisten sich der Abstimmung enthalten. Sobald es aber klar wurde, daß es sich um die Existenz der Regierung handelte, beschloffen sie, gegen die Resolution des Führers der Opposition zu stimmen.

— Der „Standard“ hebt anlässlich des Besuchs der Königin Victoria in Berlin die Gemeinlichkeit der Politik beider Länder hervor: „Obwohl persönliches und Familienleid im Schlosse von Charlottenburg eingegeben sind und fast alle Staatsgeschäfte verdrängt haben, ist es doch unmöglich, nicht selbst in solchen Augenblicken die Stellung und Politik des Deutschen Reichs zu berühren. Und dieses ist um so gebieterischer unsere Pflicht, als die Jungen der Uebelwollenden und die Federn der Scharhakenunterrichteten in der letzten Zeit so geschäftig gewesen sind, die öffentliche Meinung irre zu leiten. Aber das englische Volk kann beruhigt sein. Die Politik Deutschlands, d. h. die Politik des Fürsten Bismarck, ist nur für diejenigen dunkel, welche nicht sehen können, und zweideutig nur für die, welche kein Verständniß haben. Diese Politik besteht darin, wenn möglich, Deutschland das Risiko eines Krieges im Osten Europas zu ersparen, da Deutschland schon ohnehin im Westen großer Gefahr gegenüber steht. Daraus aber zu schließen, daß Deutschland der Verbündete Rußlands ist, heißt sich eines großen Irrthums schuldig machen. An Ausland ist es, sich zu entscheiden, ob es Oesterreich und die Verbündeten Oesterreichs, deren einer, im Falle der höchsten Noth, unfraglich Deutschland ist, zum Kampfe herausfordern will. Somit ist das Endziel und der Endwunsch Deutschlands derselbe, wie der Englands, Oesterreichs und Italiens. Für Bismarck würde in der Geschichte nicht der große Staatsmann sein, wenn er nicht Alles aufbieten sollte, um Deutschland davor zu bewahren, daß es zu gleicher Zeit gegen Frankreich und Rußland zu kämpfen hat.“

Serbien.

Belgrad, 27. April. (Tel.) Das Kabinet demissionirte. Christitsch bildete ein neues Kabinet, das folgendermaßen zusammengesetzt ist: Christitsch Präsidium und Inneres, Mijatowitsch Aeußeres, General Protitsch Krieg, Georg Panelitsch Justiz, Bogitschewitsch öffentliche Arbeiten, Dr. Waden Georgewitsch Kultus und Unterricht, sowie interimistisch Handel, Mitarakitsch Finanzen. (Vergl. die Ausführungen an der Spitze des nicht amtlichen Theils.)

— Ueber die Situation in Serbien bringt die „Nationalzeitung“ folgenden Artikel, der noch vor dem Ausbruch der Ministerkrise geschrieben ist, aber die Gründe der letzteren scharf beleuchtet: „Die Krisis, in welche das erst am 30. Dezember v. J. ans Ruder gelangte radikale serbische Kabinet Grunitsch bereits verwickelt erscheint, hat ihren Grund darin, daß das Ministerium überhaupt keinen maßgebenden, leitenden Einfluß auf die radikale Mehrheit der Skupstina besitzt. Die Resortheinrichtungen mußten fortwährend, um oft nur geringfügige Zugeständnisse von Seite der Mehrheit zu erhalten, die Kabinetfrage stellen, andererseits mußte das Kabinet oft die allerbedenklichsten Nachgiebigkeit gegen die Mehrheit üben, um überhaupt von derselben nicht direkt angegriffen zu werden. So wurden, um nur einige Beispiele

anzuführen, im neuen Gemeindegesetz Zwerggemeinden mit einer an das allgemeine Stimmrecht grenzenden Wahlordnung geschaffen, obwohl die Erfahrung gezeigt hat, daß es selbst den größeren bisher bestehenden Gemeinden an fähigen Gemeindevorstehern und Organen gefehlt hat. Es wurde sogar die Unabsehbarkeit der Gemeindevorleiter votirt, offenbar in der Absicht, um der radikalen Partei auch bei den nächsten Skupstina-Wahlen eine erdrückende Majorität zu sichern. So wurde trotz der gegentheiligen und bitteren Erfahrungen, ferner welche die serbische Armee mit dem Militzsystem im Jahre 1876 bei Dimis und im Jahre 1885 bei Slivnitsa gemacht hat, eine Armeeform in der Skupstina eingebracht und ohne jede Spezial-Debatte votirt, welche das heutige, ohnehin unansehnliche liegende Heer Serbiens beinahe auf die Hälfte reduirt und die gesamte Wehrkraft des Landes in die Miltz verlegt. So brachte der Finanzminister in dem Jahresbudget pro 1888 eine Erhöhung der Verbrauchssteuer und eine Verkehrsteuer in Vorschlag, welche direkt den Bestimmungen der mit Oesterreich-Ungarn und den anderen Staaten abgeschlossenen Handelsverträge widerstreiten; so wurde endlich eine Vorlage eingebracht, nach welcher Beamte und Offiziere verpflichtet wären, Anttheilsscheine der serbischen Boosanleihe an Stelle des Gehaltes in klingender Münze anzunehmen, was begrifflicherweise die betroffenen Kreise in keine geringe Aufregung versetzt hat.

Bulgarien.

Sofia, 27. April. (Tel.) Prinz Ferdinand von Koburg ist gestern Abend in Begleitung der Minister Stambuloff und Ratschewitsch nach Tirnowa gereist. (Die Reise stellt sich als eine Rundfahrt dar, die der Prinz zu dem Zwecke unternimmt, um Land und Leute kennen zu lernen, wohl auch um seine etwas verblasste Popularität wieder aufzufrischen. Er berührt die historischen Städte Plewna, Lowitscha, die alte Jarenstadt Tirnowa, wo die griechischen Feiertage zugebracht werden, dann Schumla und Barua. Bis hierher wird die Reise per Achse zurückgelegt und der städtliche Zug von dreißig Wagen wird den Prinzen und sein Gefolge besorgen. Von Barua nach Ruzitschuk wird sich der Prinz der Bahn, nach Kompanlanka des Dampfschiffes bedienen und von dort wieder per Wagen nach Sofia zurückkehren. Die Dauer der Reise ist auf zwanzig Tage festgesetzt. Im Gefolge des Prinzen befinden sich außer Stambuloff und Ratschewitsch Geheimrath Laaba, Staatsrath Taptschiletsch, Generalstabschef Petroff, drei Ordnonanzoffiziere, zwei Sekretäre und eine zahlreiche Dienerschaft.)

Griechenland.

Athen, 26. April. Der „Agence Havas“ meldet man von hier, daß die Beziehungen zwischen Griechenland und der Türkei ziemlich gespannt seien. Die griechische Regierung habe darauf verzichtet, einen Abgesandten nach Konstantinopel zu entsenden, um dem Sultan das Großkreuz des Erlöserordens zu überbringen. „Das Ministerium richtete an die Hofe Bemerkungen über die gegen das griechische Element in der Türkei geübten Verfolgungen; es versuchte aber vergebens, dem Großvezier seinen Wunsch nach Erhaltung des Status quo in Mazedonien begreiflich zu machen, woselbst es den Slaven gelungen ist, dem Gerichte Glauben zu verschaffen, daß die Griechen einen Umsturz wünschten, um die macedonische Frage aufzuwerfen. Durch diese Inzifikationen gelang es den Feinden des Hellenismus, die Türkei gegen denselben zu erbittern. Indes ist die Politik Griechenlands einzig und allein auf die Erhaltung des Status quo gerichtet; seine Haltung in der freireichlichen Frage bekräftigt zur Genüge diese friedlichen Tendenzen.“ (Man darf bei dieser Meldung nicht vergessen, daß sie aus athensischer Quelle stammt. Ueber die Umtriebe panhellenischer Agitatoren in Mazedonien wurde gestern bereits Näheres gemeldet.)

Amerika.

Washington, 26. April. Die beiden Parteien der Repräsentantenkammer kamen dahin überein, daß die Verathung über den Zollgesetzentwurf von heute ab 17 Tage gesüßert werde, mit Ausnahme der Unterbrechungen, die von der Kammer angeordnet werden.

Badischer Landtag.

* Karlsruhe, 27. April. 16. öffentliche Sitzung der Ersten Kammer unter dem Vorsitze des Präsidenten Geh. Rath E. v. Seyfried.

Am Regierungstisch: Finanzminister Dr. Ellstätter und Geh. Referendar Zittel.

Den ersten Gegenstand der heutigen Tagesordnung bildet die Verathung des von Freiherrn v. Bodman schriftlich erfaßten Kommissionsberichts über den Gesetzesentwurf die Erbauung einer Bregthalbahn betr. In der Generaldiskussion sprechen die Herren Freiherr Ernst Aug. v. Güler, Freiherr Karl v. Güler, Freiherr v. Hornstein und der Berichterstatter Freiherr v. Bodman, sowie von Seiten der Großen Regierung Finanzminister Dr. Ellstätter. In der Spezialdiskussion ergreift Niemand das Wort.

Schließlich wird der Antrag der Kommission:

Die Hohe Erste Kammer wolle

1) dem vorliegenden Gesetzesentwurf mit der durch die Hohe Zweite Kammer geschickten Einschließung des neuen Art. 7 und der dadurch bedingenen Erweiterung auf einen Art. 9 ihre Genehmigung erteilen;

2) die Petitionen der Gemeinderäthe, Eisenbahnkomitès und Gewerbevereine von Billingen, Furtwangen, Böhrenbach, Wolterdingen zc. um den Bau einer normalspurigen Nebenbahn von Furtwangen über Böhrenbach und Wolterdingen nach Klengen mit direktem Verkehr nach Billingen durch dieses Gesetz für erledigt erklären, bei Namensanruf mit allen gegen eine Stimme (Freiherr Karl von Güler) angenommen.

Ueber die Petition des Stadtraths Freiburg und Genossen, die Fortführung der Hölenthalbahn über Löß-

Das größte Gartenmöbel-Lager im Großh. Baden befindet sich in Bühl. Inhaber: Wilhelm Wolf.

Todesanzeige.
N. 659. Lichtenthal. Es hat dem Herrn gefallen, meinen geliebten Mann, unseren theueren Bruder, Osef, Neffen und Schwager, den Königlich Preuss. Generalleutnant z. D. **Albert von Jenner** nach längerem schweren Leiden heute Nacht um 1/2 1 Uhr sanft zu einem besseren Leben abzurufen. Lichtenthal bei Baden-Baden, den 26 April 1888.
Im Namen der Hinterbliebenen: Bertha von Jenner, geb. Frein Koeder von Diersburg.

Todesanzeige.
N. 677. Bruchsal. Freunden und Bekannten machen wir die schmerzliche Mittheilung, daß unsere liebe Mutter, Schwiegermutter und Großmutter, Frau **Anna Afermann**, geb. Böttlin, heute in ihrem 82. Lebensjahre nach kurzer Krankheit sanft verschieden ist. Dies statt besonderer Anzeige. Bruchsal, den 27. April 1888.
Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Hueb, Betriebsinspektor.

Verkaufe von Grundstücken, Säulen, Maschinen, Haus- und Wirtschaftsgegenständen (mit Namen des Inhabers oder unter Chiffre), werden am zweckentsprechendsten durch Anzeigen vermittelt, und auf Grund langjähriger Erfahrung an die geeignetsten Zeitungen, Fachzeitschriften etc. befördert durch die **Annoncen-Expedition von Rudolf Mosse.**
Frankfurt a. M. N. 109.4. (Vertreter in Karlsruhe, Gustav Fromme.) Bei größeren Aufträgen höchsten Rabatt. - Zeitungs-Katalog gratis.

Für Gartenbesitzer.
C. F. Wilsor jun. in Sittlingen offerirt gegen Nachnahme: **Spargelpflanzen**, 3jährig (Ulmer, Conovers Colossal & Argenteum) pro 100 2 M. 50 S. **Gemüsekehlunge**: Kopfsalat pro 100 M. 25 S. Kohlrabi, Wirsing, Weißkraut, Rotkraut pro 100 40 S. Winterkohl pro 100 80 S. **Gefüllte Nesselzämlinge** hartjährig, pro 100 M. 20. - S. N. 612.2.

Reisender-Gesuch.
N. 612.2. In ein Weich- u. Wollwaaren-Geschäft wird ein tüchtiger Reisender gesucht, der womöglich auch der Schuhbranche kundig ist und die Kundenschaft in Württemberg und dem angrenzenden Theil von Bayern kennen sollte. Der Posten wird nur an einen Mann vergeben mit la Referenzen und ist bei hohem Salair dauernde Stellung gesichert. Offerten unter Chiff. R. J. an die Expedition d. Bl.

Bürgerliche Rechtspflege.
Aufgebot.
N. 654.1. Nr. 9828. Karlsruhe. Der Pforzheimer Bauverein als Gesellschafter der W. v. Kiehnle's Bau-Gesellschaft in Pforzheim, vertreten durch Rechtsanwalt Dr. Wörter hier, hat das Aufgebot des badischen 35-fl. Looses, Serie 5006 Nr. 250259, dessen Besitz und Verlust glaubhaft gemacht ist, beantragt. Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag den 20. November 1888, Vormittags 9 Uhr, vor dem Großh. Amtsgericht dahier anberaumten Aufgebotstermine seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Proklosirung derselben erfolgen wird. Karlsruhe, den 20. April 1888. Gerichtsschreiberei Gr. Amtsgerichts, C. Eifenträger.

Vermögensabänderungen.
N. 663. Nr. 6193. Mannheim. Die Ehefrau des Friedrich B. Müller, Anna, geb. Kadelmann in Mannheim, wurde durch Urtheil der Zivilkammer I des Gr. Landgerichts Mannheim vom 18. April 1888 für berechtigt erklärt, ihr Vermögen von dem ihres Ehemannes abzulösen. Dies wird zur Kenntnissnahme der Gläubiger andurch veröffentlicht. Mannheim, den 18. April 1888. Gerichtsschreiberei des Gr. Landgerichts, Dr. R. Furr.

Nachener und Münchener Feuer-Versicherungs-Gesellschaft.
Gewinn- und Verlust-Konto für das Jahr 1887.

A. Einnahme.		B. Ausgabe.	
Prämien-Ueberträge für die in 1887 ablaufenden Versicherungen und für die für spätere Zeiträume im Voraus eingenommenen Prämien	5,468,075.90	Bezahlte Entschädigungen und Regulirungskosten, abzüglich des Antheils der Rückversicherer	2,598,454.-
ab: für die im laufenden Jahre fällig gewordenen, auf die laufende Einnahme übergegangen Prämien	359,990.20	Uebertrag für schwebende Entschädigungen, abzüglich des Antheils der Rückversicherer	310,000.-
	5,108,085.70	a. Jahresprämien	2,137,335.-
Uebertrag zur Deckung außergewöhnlicher Bedürfnisse	4,860,377.30	b. für künftige Jahre im Voraus bezahlt	248,069.40
	9,968,463.-	Provisionen, abzüglich der von Rückversicherungen vergüteten Provisionen	2,385,404.40
Uebertrag für schwebende Entschädigungen aus dem Vorjahre	213,000.-	Verwaltungsstellen einchl. der Steuern:	811,441.20
Brutto-Einnahme an Prämien u. Nebenkosten, abzüglich Risiko, und zwar:		a. allgemeine Verwaltungskosten	366,534.10
a. für das laufende Jahr:		b. besondere Kosten der Kapitalbenutzung	12,690.20
von direkten Versicherungen	7,211,633.70	Unterhaltungskosten der der Gesellschaft gehörigen Immobilien	379,224.30
von übernommenen Rückversicherungen	2,262.-	Prämien-Ueberträge für die in 1888 ablaufenden Versicherungen und für die für spätere Zeiträume im Voraus eingenommenen Prämien	8,872.30
	7,213,895.70	Uebertrag zur Deckung außergewöhnlicher Bedürfnisse einchl. des gesetzlichen Reservefonds von 900,000 (10% des Aktienkapitals)	4,860,377.30
b. für spätere Zeiträume	703,968.60	Gewinn:	
	7,917,864.30	a. aus der Kapitalbenutzung, abzüglich der rationalen Verwaltungskosten	628,113.80
Ertrag der Kapitalbenutzung einschließlich der eingenommenen Miethzinsen	640,804.-	b. aus dem Versicherungsgeschäfte	631,886.20
	18,740,131.30	mithin Dividende auf jede der 3000 Aktien	1,260,000.-
		Für gemeinnützige Zwecke nach § 43 der Statuten	631,886.20
		Summa	18,740,131.30

Summarische Bilanz 1887.

A. Aktiva.		B. Passiva.	
Verbindlichkeitsdokumente der Aktionäre auf ihre Aktien	7,200,000.-	Aktienkapital in 3000 Stück emittirten Aktien à 3000	9,000,000.-
Der Gesellschaft gehörige Immobilien	719,000.-	Uebertrag für schwebende Entschädigungen laut Gewinn- und Verlust-Konto	310,000.-
Inventar abgeschrieben	1,992,875.-	Prämien-Ueberträge für die in 1888 ablaufenden Versicherungen und die für spätere Zeiträume im Voraus eingenommenen Prämien	5,494,471.60
Darlehen gegen eingetragene Hypotheken	838,800.80	Uebertrag zur Deckung außergewöhnlicher Bedürfnisse einchl. des gesetzlichen Reservefonds von 900,000 (10% des Aktienkapitals)	4,860,377.30
Vorräthige Wechsel	10,502,124.30	Nicht erhobene Dividenden aus Vorjahren	5,040.-
Vorräthige Werthpapiere	140,477.40	Sonstige Passiva (Guthaben der Rückversicherungs-Gesellschaften u. Saldi anderer Abrechnungen)	2,383,941.10
Baar in Kasse	877,852.80	Guthaben aus dem Rechnungsjahre laut Gewinn- und Verlust-Konto:	
Guthaben bei Agenten	1,554,405.50	a. Dividenden	1,260,000.-
Guthaben auf Kapitalzinsen bis zum Jahreschluss	111,702.10	b. für gemeinnützige Zwecke	631,886.20
Zweifelhafte Ausstände	-		
Sonstige Aktiva (Saldi verschiedener Abrechnungen)	8,478.30	Summa	23,945,716.20
	23,945,716.20		

Nachen, den 24. April 1888. Die Direktion. Trostorf.

Rheinische Hypothekenbank in Mannheim.

Die 4 1/2 %igen Pfandbriefe der Serie 30 betreffend.
Der gefamte Restbestand unserer 4 1/2 %igen Pfandbriefe der Serie 30 ist zur Rückzahlung per 1. Oktober d. J. ausgelost worden. Indem wir die Inhaber unserer 4 1/2 %igen Pfandbriefe hiervon in Kenntniss setzen, erklären wir uns bereit denjenigen, welche geneigt sind, im Umtausch gegen die 4 1/2 %igen Pfandbriefe 3 1/2 %ige Pfandbriefe zu nehmen, diese letzteren unter Zugrundelegung eines Courfes von 95 1/2 % an, und zwar unter Erstreckung des Zinsgenusses von 4 1/2 % bis 1. April 1889 zu geben.
Dabei ist vorausgesetzt, daß die Anmeldung zum Umtausch der 4 1/2 %igen Pfandbriefe vor dem 1. Mai d. J. erfolgt. Der Umtausch erfolgt seitens der Bank Zug um Zug.
Die Anmeldungen zum Umtausch werden bei allen Betriebsstellen unserer Pfandbriefe, insbesondere in Mannheim an unserer Kasse und bei der Rheinischen Creditbank, in Heidelberg, Karlsruhe, Freiburg und Konstanz bei den Filialen der Rheinischen Creditbank, in Frankfurt a. M. bei Herrn M. A. von Rothschild & Söhne, in Berlin bei Herrn S. Bleichröder, in Odenburg bei der Odenburgischen Spar- und Leihbank, in Stuttgart bei der Württembergischen Vereinsbank, in Basel bei der Basler Handelsbank in den bei jeder der genannten Stellen üblichen Geschäftsstunden entgegengenommen. Ebenfalls sind Formulare für die Anmeldungen deponirt.
Mannheim, den 28. März 1888.

Rheinische Hypotheken-Bank

Erbeinweilungen.
N. 647.1. Nr. 3180. Redarbischofsheim. Rosine, geb. Prior, Witwe des Jakob Brenneisen von Untergimbern, hat um Einweisung in Besitz und Gewähr des Nachlasses ihres verstorbenen Ehemannes gebeten. Einsprachen gegen dieses Gesuch sind binnen sechs Wochen bei diesem Gericht einzubringen. Redarbischofsheim, den 24. April 1888. Gerichtsschreiber des Gr. Amtsgerichts: Baumann.
N. 639.1. Nr. 4668. Sinsheim. Das Großh. Amtsgericht hier erließ unterm heutigen nachstehend veröffentlichten Beschluß:
Die Witwe des Schmieds Peter Würfel, Friederike, geb. Schnell in Steinsfurt, hat um Einweisung in den Besitz und die Gewähr der Verlassenschaft ihres Ehemannes gebeten. Diefem Gesuche wird entsprochen, falls nicht binnen 4 Wochen Einsprachen dagegen hier vorgebracht werden. Sinsheim, den 25. April 1888. Der Gerichtsschreiber Gr. Amtsgerichts: Häfner.

jetzige und künftige fahrende Vermögen mit den darauf haftenden Schulden als verlegenschaft von der Gemeinschaft aus.
Achern, den 17. April 1888. Großh. bad. Amtsgericht. S. Müller.

Gröhh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

N. 653. Karlsruhe. Mit Wirkung vom 1. Mai l. J. werden im internen badischen Vortarif zu den Sägen des Ausnahmetarifs Nr. 3 auch Bausteine mit trummelinigen Profilen und Abzungen abgefertigt. Gleichzeitig wird der Ausnahmetarif Nr. 17 des internen badischen Vortarifs aufgehoben; die dafelbst vorgesehenen Frachttarife für Steine des Spezialtarifs III einschließlich profilirter und abfacirter, jedoch ungeschliffener Bausteine im Verkehr zwischen Mannheim und Würzburg andererseits geben in den Ausnahmetarif Nr. 3 über.
Karlsruhe, den 25. April 1888. General-Direktion.

Gröhh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

N. 652. Karlsruhe. Zum Tarifbest VI für den niederländisch-südwestdeutschen Verkehr vom 1. Februar 1884 ist mit Gültigkeit vom 1. Mai l. J. der Nachtrag IX ausgegeben worden. Derselbe enthält die Aufnahme der Station Kaufach in den allgemeinen Tarif und der Stationen Bammthal, Krozingen, Dos, Unterschäp und Bilingen in den Tarifausnahmetarif; ferner Ermäßigungen und Vererdigungen bisher bestandener Frachttarife. Nähere Auskunft ertheilt unser Vortarifbureau.
Karlsruhe, den 26. April 1888. General-Direktion.

Gröhh. Bad. Staats-Eisenbahnen.

N. 658.3. Karlsruhe. Mit höherer Ermächtigung vergeben wir im Submissionswege 19000 qm 45 m hohe und 2400 " 30 " hohe taunene Dielen. Angebote sind mit der Aufschrift "Dielen" versehen schriftlich und versiegelt bis längstens Dienstag den 1. Mai d. J., Vormittags 10 Uhr, bei der unterfertigten Stelle einzureichen, von welcher auch auf portofreie Anfrage die Bedingungen abgelesen werden.
Karlsruhe, den 17. April 1888. Gr. Hauptverwaltung der Eisenbahnmagazine

Vergabung von Wasserleitungsarbeiten.

N. 616.2. Nr. 1687. Konstanz. Für die Wasserverforgung des domänenwärtigen Gastlacherhofes bei Ehingen vergeben wir höherem Auftrage zufolge die zu 1688 Mark veranschlagten Eisen- und Metallarbeiten in öffentlicher Submission. Etwaige Angebote sind nach den von uns zu beziehenden Ueberlagsformularen bis längstens Samstag den 5. Mai d. J., Mittags 12 Uhr, mit entsprechender Aufschrift versehen, auf unserem Geschäftszimmer einzureichen, wofelbst auch die Pläne und Abfordbedingungen eingesehen werden können.
Grohh. Kulturinspektion Konstanz. N. 649.1. Nr. 919. Heidelberg. Zwei Weichsche Handfeuerhriren (größere und kleinere), auch zum Begeben von Gartenanlagen etc. auf verwendbar, zu verkaufen im akademischen Frankenhause in Heidelberg.
N. 643. Nr. 5196. Etzsch. Bei diesem Gericht ist die Defositenstelle zu belegen. Jahrgelalt 250 Mark. Etzsch, den 24. April 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Dr. Ottenböcker.

Gröhh. Kulturinspektion Konstanz.

N. 655. Nr. 7877. Emmen dingen. Bei diesem Gericht ist sofort eine Defositenstelle mit einem Jahresgelde von 700 Mark mit einem Inapienten zu belegen. Bewerber wollen sich binnen 10 Tagen unter Vorlage von Alters-, Vermögens- und Befähigungszeugnissen dahier melden. Emmendingen, den 26. April 1888. Großh. bad. Bezirksamt. v. Tschobald.

N. 657. Nr. 14,282. Pforzheim.

Zur Vergabung offen eine Defositenstelle mit jährlichem Gehalt von 480 Mark und Accidenden von etwa 80 M. Eintritt 15. Mai d. J. Mit der Meldung sind Zeugnisse anzuführen. Pforzheim, den 25. April 1888. Großh. bad. Amtsgericht. Mors.

N. 674. Um junger Kaufmann sucht bis 1. Mai bei einer anständigen Familie Kost und Logis. Preis? Offerten befördert die Expedition d. Bl. (Mit einer Beilage.)